An American Newspaper which stands for American ideals and principles—published in the German language for American citizens who read German

Tägliche Omaha Tribüne

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLESON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang. Omaha, Neb., Samstag, den 29. März 1919. 8 Seiten.—Nr. 14.

Radikale wollen Alliierte einlullen

Sagen, daß das Schreckensgespenst des Bolschewismus von den Deutschen zwecks besserer Bedingungen ausgenutzt werden soll

Wegen Danzig ist eine weitere Krise entstanden

Berlin, 28. März. (Verzögert; von Frank J. Taylor.)— Radikale Führer äußerten sich heute, daß das Schreckgespenst des Bolschewismus in Deutschland weiter nichts als ein Kniff sei, wodurch Graf Brockdorff-Rantzau und Graf Bernstorff trotz der militärischen Niederlage einen diplomatischen Sieg zu erreichen suchen. Den Angaben dieser Radikalen gemäß ist die Drohung, die Friedensbedingungen abzulehnen und Deutschland den Bolschewisten zu überantworten—wovon in ganz Deutschland die Rede ist, besonders aber in Hörweite von Mitgliedern alliierter Kommissionen — weiter nichts, als bei den Alliierten die Meinung hervorzurufen, daß die Lage in Deutschland wirklich äußerst ernst ist. Sie sagen, daß die deutsche Regierung dadurch eine Spaltung unter den Alliierten herbeizuführen sucht. Gewisse Mitglieder der Entente, so wird behauptet, werden einer andauernden Blockade gegen Deutschland opponieren, weil sie durch Beibehaltung derselben eine Verbreitung des Bolschewismus fürchten; andere Nationen wieder werden darauf bestehen, daß die Deutschland auferlegten Bedingungen ausgeführt werden.

Sowohl Gegner der Bolschewisten als auch Unabhängige Sozialisten verlangen, daß eine Gruppe wirklicher Pazifisten nach Paris geschickt werden, anstatt der ernannten Friedensdelegaten, um mit den Alliierten frei und offen über Deutschlands zukünftige Beziehungen mit auswärtigen Mächten zu verhandeln.

Das radikale Element beobachtet mit argwöhnischen Augen eine im Geheimen gebildete Organisation ehemaliger Offiziere und Soldaten; sie sagen von derselben, daß sie die Basis einer reaktionären Bewegung bilden. Die Teilnahme Ludendorffs an neulichen Straßendemonstrationen, während welchen ihm lebhaft Beifall gespendet wurde, macht den Pazifisten Sorge. Auch gefällt es ihnen nicht, daß so viele gediente Soldaten sich dem neuen Heere Freiwilliger anschließen. Offiziere aber haben dem Korrespondenten mitgeteilt, der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß man sich zur Bekämpfung des Bolschewismus vorbereitet. Die Militaristen sagen, daß deren neue Organisation keinen politischen Charakter trage, verlangen jedoch, daß die Regierung sich an die Reaktionäre lehne, falls es zu einem neuen Spartakeraufstand kommen sollte.

Arbeiter im Rheinlande beabsichtigen die Forderung auf sechsstündige Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung von 25 Prozent zu stellen. Spartaker nehmen die Gelegenheit wahr, um einen allgemeinen politischen Streik vorzubereiten, der ihrer Ansicht nach darin gipfeln wird, Essen, Düsseldorf und andere Industriezentren unter die Herrschaft der Kommunarden zu bringen.

Verlangen Durchzug durch Danzig.

Kopenhagen, 29. März. — Die deutsche Regierung in Weimar hat von dem Oberkommando der Alliierten die Aufforderung erhalten, polnische Truppen in Danzig landen zu lassen und ihnen den Durchzug durch deutsches Gebiet bis nach Polen zu gestatten, So meldet eine Depesche aus Weimar.

Berlin, 28. März. — Der Lokalanzeiger will wissen, daß ein Abbruch des Waffenstillstandes mit den Alliierten möglich ist.

General Nudant, Stellvertreter des Marschalls Foch in amtlichen Angelegenheiten, hat an die deutsche Regierung Notiz erlassen, wonach eine Weigerung, polnische Truppen in Danzig landen zu lassen als ein Bruch des Waffenstillstandes betrachtet werden wird.

Nach eingehender Besprechung mit Parteiführern erklärte die deutsche Regierung ihren Standpunkt bezüglich der Forderung des Generals Nudant, sagend, daß den Waffenstillstandsbedingungen gemäß die Deutschen nur benötigt wären, den allen freien Zugang zur Weichsel zu gestatten, um Gesetz und Ordnung in dem Gebiete des früheren russischen Kaiserreichs aufrecht zu erhalten. In der Note wird auf die Zwischenfälle verwiesen, die sich auf der Reise des polnischen Ministerpräsidenten Paderewski abspielten, „der die ihm auf deutschem Grund und Boden erwiesene Gastfreundschaft in gröblicher Weise verletzte, Veranlassung zur Rebellion und zum Bürgerkrieg gab und der, als er sich im Dezember 1918 in Danzig befand, folgende Aeußerung tat: „Falls die polnischen Divisionen aus Frankreich und Italien einmal in Danzig sind, dann wird Danzig und ganz Westpreußen polnisch werden." In der Note wird ferner darauf verwiesen, daß in der Provinz Westpreußen zahlreiche Demonstrationen stattgefunden haben, und daß die Westpreußen beabsichtigen, den Polen bewaffneten Widerstand zu leisten, daß aber bei einem derartigen Ereignis an der Ostgrenze den Bolschewiki Tor und Tür geöffnet werden würden. Schließlich wird in der Note angefragt, wie stark die unter dem Befehl des General Haller stehenden polnischen Divisionen sind und aus welchen Waffengattungen sie sich zusammensetzen, wann diese Truppen zu landen gedenken und welche Garantien die Alliierten dafür bieten, daß die Armee Hallers keine Partei ergreifen wird, falls es zu einer Demonstration oder einem möglichen Aufstande der polnischen Minderheit in Westpreußen kommen sollte.

Der Lokal Anzeiger ist der Meinung, daß infolge des Notenwechsels zwischen General Nudant und der deutschen Regierung eine ernste Lage geschaffen worden ist; wenn die genannte Zeitung auch nicht die Hoffnung aufgegeben hat, daß General Nudant die deutsche Antwort als ein Zugeständnis auffassen wird, so befürchtet sie dennoch, daß die Regierung nachgeben und Danzig aufgeben wird. Sie erteilt derselben den Rat, keinen Zoll breit nachzugeben. Seit mehreren Wochen sind Verhandlungen im Gange, drei polnische Divisionen in Frankreich unter General Haller nach Polen zu senden; es war die Absicht, dieselben in Danzig zu landen und dann durch Westpreußen marschieren zu lassen; Deutschland aber opponierte diesem Plan und machte den Vorschlag, daß die Polen in Königsberg landen sollten. Diese drei polnischen Divisionen sind kampferprobte Truppen, die in Frankreich gefochten und sind gut ausgerüstet. Die Deutschen befürchten, daß, sind die Polen einmal in Danzig, diese dort verbleiben und den Hafen, den sie für sich als Zugang zum Meer beanspruchen, besetzt halten werden.

Eberts Salär 100,000 Mark monatlich.

Berlin, 29. März.— Das Salär des Präsidenten der deutschen Republik, Ebert, das in der Presse Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen ist und über dessen Höhe verschiedene Gerüchte kursierten, wird offiziell als 100,00 Mark per Monat angegeben. Aus diesem müssen alle Unkosten, die seinem Amt erwachsen, und das Personal seiner nächsten Umgebung bezahlt werden.

Keine Offensive gegen Ukraine.

Weimar, 29. März. — Landesverteidigungsminister Noske gab in der Reichstagssitzung die Erklärung ab, daß die von dem russischen Minister des Aeußeren Tchitcherin gemachte Aeußerung über die Zusammensetzung der russischen Bolschewiki Armee auf Unwahrheit beruhe. Auch liegen deutsche Truppen in den baltischen Provinzen nicht im Kampfe gegen die russischen Bolschewiki; es sind zumeist Letten und Litauer, die ihnen gegenüberstehen. Die Deutschen haben nur die Bahnlinie besetzt, um die Zufuhr von Nahrungsmitteln nicht zu unterbrechen. Die deutsche Regierung, sagte Noske, hat beschlossen, keine Offensive in Kurland oder in der Ukraine einzuleiten.

„Es ist nötig, die Ostgrenze gegen Angriffe sicher zu stellen", sagte Noske, „doch hegt die Regierung den lebhaften Wunsch, mit dem benachbarten Rußland in Frieden und Freundschaft zu leben." (In einer drahtlosen Depesche nach Budapest soll sich Tchitcherin geäußert haben, daß Hindenburg auf Kowno marschiere, das direkt östlich von der ostpreußischen Grenze und unmittelbar südlich von Kurland liegt.)

Zum Duell herausgefordert.

Berlin, 29. März. — General v. Plessen, Jahre lang Kommandant des kaiserlichen Schlosses, hat den Grafen Hoenbroech zum Duell herausgefordert, weil dieser den ehemaligen Kaiser in einer Broschüre einen Feigling genannt hatte. So meldet der Lokal Anzeiger. Die Zeitung fügt hinzu, daß Hoenbroech die Herausforderung wegen des hohen Alters Plessens abgelehnt habe. Plessen ist ein Achtzigjähriger.

Kolossale Summen.

Weimar, 29. März. — Aus einem vom Finanzminister Dr. Schiffer der Nationalversammlung unterbreitetem Finanzausweis geht hervor, daß die Kriegskosten Deutschlands sich auf 186 Milliarden Mark belaufen, wozu noch die Kosten der Abrüstung zu rechnen sind. Die Kriegsschäden in Deutschland betragen 4½ Milliarden, die Ansprüche der Schiffseigentümer 1½ Milliarden und für die Unterstützung der Familien gefallener Soldaten wurden 5 Milliarden Mark verausgabt. Die von der Regierung während des Krieges aufgenommenen Anleihen belaufen sich auf 700,000,000,000 Mark, worin die Zinsen jährlich 7,900,000,000 Mark betragen. Dr. Schiffer schätzt die künftigen Jahresausgaben auf 14 Milliarden gegen 2,400,000,000 vor dem Kriege, die der Bundesstaaten auf 5 Milliarden, gegen 3 vor dem Kriege. Durch Besteuerung müssen jährlich 19 Milliarden aufgebracht werden, gegenüber 5 vor dem Kriege.

Die deutsche Regierung ist noch nicht imstande, ein neues Budget für das Jahr 1919 auszuarbeiten. Sie hat daher der Nationalversammlung zu Weimar provisorische Voranschläge für April, Mai und Juni unterbreitet. Diese Voranschläge umfassen eine Ermächtigung, Schatzamtszertifikate von insgesamt 3 Milliarden zur Deckung der Ausgaben auszustellen.

Zu einer Anzahl neuer Bewilligungen, zusätzlich der Zahlung regulärer laufender Ausgaben, wurde ebenfalls Ermächtigung erteilt. Eine dieser verfügt die Aufbringung von Geldern im Auswärtigen Amt, um dem deutschen Außenhandel zu helfen. Gehälter der Minister werden auf 61,000 Mark pro Jahr beziffert, worin auch Hausmiete und Vertretungskosten eingeschlossen sind.

Erzherzog verdiente 20 Millionen

Dr. Pogany erhebt schwere Anklagen gegen Mitglieder des österreichischen Kaiserhauses.

Budapest, 29. März. — Im Verlaufe einer von Soldaten abgehaltenen Versammlung hat der Regierungskommissär Dr. Pogany das alte Regime der Habsburger in seiner Rede heftig angegriffen. Er erklärte, daß Ex-Kaiser Karl noch nach der Revolution am 30. November 123,000 Kr. Sold als Oberkommandant der Armee bezogen hat. Anläßlich des Umzugs des Generals Pflanzer-Baltin hat dieser bei diesem Anlasse alle Fourgons seiner Armee requiriert, und die kranken Offiziere und Soldaten waren gezwungen, den Marsch zu Fuß zu machen, was zur Folge hatte, daß viele Dutzende von diesen Unglücklichen auf dem Wege hinsiechen mußten. Im Parlament lehnte man die Solderhöhung der Soldaten ab und man ließ durch Soldaten auf die Frauen schießen, welche eine Erhöhung der Kriegsunterstützung forderten. Dagegen bezahlten die Kriegsminister der Kaiserin Zita 50,000 Kr. für ihre Kriegshilfe und 73,000 Kr. wurden jährlich der Erzherzogin Augusta ausbezahlt. Am Schlusse seiner Ansprache sagte der Regierungskommissär Dr. Pogany: Nennen Sie mir einen Erzherzog, der für das Vaterland gestorben ist! Es gibt keinen! Im Gegenteil, es gibt solche, welche im Verlaufe des Krieges Millionen verdient haben. Pogany zitierte den Fall des Erzherzogs Salvator Leopold, welcher der Armee für 80 Millionen Waren lieferte und damit nicht weniger als 20 Millionen verdient hat.

Villa bereit für die U. S. zu kämpfen

Juarez, Mexiko, 29. März.— Francisco Villa erklärte einem Amerikaner gegenüber, den er als Gefangenen in seinem Lager festhält, daß er „bereit sei, ein Gewehr auf seine Schultern zu nehmen und für die Ver. Staaten ins Feld zu ziehen, sobald ein Feind in ihre Grenzen einziehe."

Derselbe Gefangene ist soeben an der Grenze angelangt, nachdem Villa ihn 10 Tage gefangen gehalten hatte. Er will seinen Namen nicht veröffentlicht haben, gilt aber in Mexiko und hier für glaubwürdig.

Luftpolizei für die Stadt New York

New York, 29. März.—Die Pläne des Polizeidepartements der Stadt New York für eine Luftabteilung wurden gestern zur Wirklichkeit, als 26 amerikanische, britische und französische Flieger als Mitglieder der Polizei eingeschworen wurden. Das Geschwader wird seinen Dienst wahrscheinlich im Juni antreten. Vervollständigt soll sie etwa 150 Mann zählen, doch sind da eingerechnet: Aerzte, Mechaniker, ein Kaplan und Köche.

Papst verwendet sich für deutsche Gefangene

Kopenhagen, 29. März.—Die Kopenhagener Volkszeitung veröffentlicht eine autographische Antwort des Papstes Benedikt auf das Gesuch des Kardinals Hartmann, Erzbischofs von Köln, die Freilassung der Kriegsgefangenen zu erwirken. Der Papst in seiner Antwort sagte, daß er mit einer „hochstehenden Persönlichkeit" konferiert habe. Der Berliner Anzeiger, der auf diese Korrespondenz hinwies, sagte, daß mit der „hochstehenden Persönlichkeit" Präsident Wilson gemeint sei. Der Papst meint weiter, daß diese „Persönlichkeit" ganz die Ansichten des Papstes hegt und geneigt sei, dessen Wünsche zu fördern.

Deutsches Kali in Zahlung für Nahrung

Washington, 29. März.—Senator Hitchcock von Nebraska erhielt vom Staatsdepartement die Nachricht, daß Deutschland in Zahlung für gelieferte Nahrungsmittel Kali liefern wird. Ueber die Menge des Kali, das in Zahlung zu liefern ist, oder über den Zeitpunkt der Ablieferung, ist jedoch noch nichts verlautet.

Die Bewilligungs-Vorlagen werden angenommen

Die Summe von $88,500 für die Schaffung einer Staatsmiliz ausgesetzt.

Lincoln, Neb., 29 März. — Das Abgeordnetenhaus hat gestern die allgemeinen Bewilligungs-Vorlagen erledigt, welche $1,140,000 für die Verwaltungskosten des Staates aussetzen.

Darunter befindet sich die Summe von $88,500 für die Schaffung einer Staatsmiliz, vorausgesetzt, die Bundesregierung nimmt in den nächsten zwei Jahren an der Schaffung einer solchen Garde Anteil.

$75,000 wurden bewilligt zur Durchführung des Prohibitionsgesetzes. Der Gouverneur kann dieses Geld nach bestem Gutdünken verwerten, und ein Staatskonstabilarsystem schaffen. Unter Neville wurden $50,000 für diesen Zweck bewilligt, die jetzt aufgebraucht sind. Das neuverwilligte Geld wird deshalb sofort zur Ausgabe gelangen.

Der Staatssenat hat die Vorlage für Frauenstimmrecht auf Wunsch der Frauenrechtlerinnen verworfen, die diese Frage durch die bevorstehende Verfassungskonvention erledigt haben wollen.

Ex-Kongreßmann Stephens hielt Freitag in der Legislatur eine Rede, worin er den Kongreßmann Chas. H. Sloan scharf angriff, weil dieser in seiner kürzlichen Rede Präsident Wilson und sein Verhalten gegenüber der Liga der Nationen stark kritisierte. Stephens sagte, Sloans Rede hätte sich wie die Auslassungen eines Lenine, Trotsky oder Debs gelesen.

Der Senat hat sich Freitag bis Montag nachmittag vertagt.

50,000 Freiwillige für Armee in Europa

Washington, 29. März. — Das Kriegsdepartement hat einen Aufruf für 50,000 Freiwillige für die Armee in Europa vorbereitet, der schon wahrscheinlich morgen veröffentlicht werden wird.

Die Freiwilligen sollen die Truppen, die jetzt in Frankreich sind, ablösen. Die Dienstzeit der Freiwilligen ist auf drei Jahre berechnet. Sie werden in Camp Meade, Md., konzentriert und wahrscheinlich in Abteilungen von je 1000 Mann übers Meer geschickt werden.

Das Departement erwartet, daß die Rekrutierung mit großer Schnelligkeit vor sich gehen werde, ist sogar sicher, daß eine größere Anzahl, falls nötig angeworben werden kann.

Man erwartet, daß die Mehrzahl der 50,000 sich aus eben ausgemusterten Truppen rekrutieren wird, die, nach einer kurzen „Ferienzeit" als Zivilisten, begierig sind, wieder in die Armee einzutreten.

Man erwartet ferner, daß die Tuppen, die durch den Waffenstillstandsabschluß abgehalten wurden, nach Frankreich zu gehen, sich zahlreich melden werden.

Eine Anzahl Offiziere, wahrscheinlich 10 oder 12, sollen mit jeder Abteilung von 1000 Mann, hinübergeschickt werden. Man wird solche nötig haben, um die in Camp Meade konzentrierten Mannschaften einzuexerzieren. Bei ihrer Ankunft in Europa sollen die Offiziere dann die Stelle solcher einnehmen, die zur Ausmusterung berechtigt sind.

Kommunisten-Partei in Ungarn aufgelöst

Budapest, 29. März.—Bela Kun, ungarischer Minister des Auswärtigen, beantragte heute, die Kommunisten Partei aufzulösen und eine vereinigte Proletarierpartei zu formieren. Sein Antrag ging einstimmig durch. Der Minister kündigte dann an, daß die Soviet Verfassung nach Instruktionen Lenines, des russischen Bolschewisten Premiers, abgefaßt würde und daß man bemüht sein werde, die in Rußland begangenen Fehler zu vermeiden.

Pässe für Delegaten zur Pariser Konferenz

Washington, 29. März.—Das Staatsdepartement hat Pässe zur Friedenskonferenz bewilligt für folgende Irischamerikaner, die als Vertreter ihres Volkes von der Philadelphiaer Massenversammlung erwählt worden waren: Frank P. Walsh, früher Vorsitzer des Kriegs-Arbeitsausschusses; Edward F. Dunne, ehemaligen Gouverneur von Illinois, und Michael K. Ryan, früheren Police Service Kommissar von Pennsylvania.

Die Absicht dieser Delegaten, so wurde dem Staatsdepartement angegeben, ist, für die Vertreter Irlands Gehör vor der Konferenz zu erlangen, und, sollte dies unmöglich sein, selbst die Sache Irlands vorzubringen: sein Bestehen auf Selbstbestimmung und Anerkennung der Republik Irland durch alle Mächte der Welt.

Berauben Detroiter Bank um $75,000

Detroit, 29. März.—Sechs unmaskierte Männer kamen gestern abend in die Geschäftsräume der Commonwealth State Bank auf der Westseite, zwangen die vierzehn Personen, Beamte und Kunden, unter ihnen Frauen, in's Toilettenzimmer und das Gewölbe zu gehen und nahmen $10,000 in Bargeld, sowie Liberty Bonds im Werte von über $65,000 mit sich.

$50,000 bar waren nur wenige Stunden vorher zur Hauptbank transferiert worden, wie der Präsident der Bank erklärte.

Referendum in Nord-Dakota gesichert

Fargo, N. D., 29 März. — Die Nord-Dakota Referendum Wahl für Gesetze, die die letzte Legislatur passiert hat, ist gesichert, da Petitionen mit 23,114 Namen eingelaufen sind.

„Das Referendum bereitet sich trotz allen Anstrengungen der Nonpartisan League, die Wahl zu unterdrücken, übers ganze Land aus", erklärte O. G. Nelson, Sekretär von Nord-Dakotas „Independent Voters Association."

Polnische Frage brennender geworden

Die Führer der Alliierten beschäftigen sich mit Deutschlands Weigerung, polnische Truppen in Danzig landen zu lassen

Oesterreich keine Bezugsquelle für Deutschland

Paris, 29. März. — Die polnische Frage, ist durch die Weigerung Deutschlands, polnischen Divisionen aus Frankreich das Landen in Danzig zu verweigern, heute zu einer brennenden geworden, und die Führer der Alliierten haben dieselbe unter Beratung. Hier ist die Meldung eingetroffen, daß die Deutschen mehr Truppen nach Danzig geworfen und schweres Geschütz in jener Gegend in Stellung gebracht haben. Es wird erwartet, daß die „Großen Vier" zu einem Entschluß kommen werden, wie dieser neuen Krisis zu begegnen ist. Die Delegaten sind der Meinung, daß auf Deutschland ein starker Druck ausgeübt werden müsse.

Paris, 29. März. — Die Kommission der fünf Hauptmächte, welche sich mit auswärtigen Beziehungen zu befassen hat, empfahl, alle Deutsch-Oesterreich auferlegten Handelsbeschränkungen sobald als möglich fallen zu lassen, indessen ist darauf zu achten, daß keine Artikel von dort nach Deutschland eingeführt werden. Das ist offiziell. Es heißt ferner, daß sich die „Großen Vier" mit der Regulierung der Grenze zwischen Schleswig und Dänemark beschäftigen.

Paris, 29. März. (United Preß.) — Offizielle Berichte erhärten die unoffiziellen Depeschen aus Deutschland und Oesterreich, daß jene beiden Länder für den Bolschewismus immer mehr reif werden. Dieser Umstand hat dazu beigetragen, daß man sogar in Kreisen, von welchen es kaum zu erwarten stand, willens ist, etwas gnädiger mit Deutschland zu verfahren. So haben z. B. die britischen Delegaten ihre Ansichten über die zu fordernde Schadensumme, die Etablierung eines polnischen Korridors von Posen bis Danzig bedeutend ermäßigt. Auch hat Lloyd George die Idee, von Deutschland die Bezahlung aller Kriegskosten zu verlangen, aufgegeben; auch hat man von Bezahlung von Schäden, die der Krieg mit sich brachte, abgesehen. Ein hoher britischer Beamter erklärte, es würde unweise sein, zu versuchen, aus Deutschland mehr herauszupressen, wie es innerhalb der nächsten 20 oder 30 Jahre zu bezahlen imstande sei. Eine allzuhohe Rechnung, sagte er, würde nur das Feld, das bereits mit Bolschewismus besät ist, noch mehr befruchten.

Voller Zuversicht.

Paris, 29. März. — Die Japaner unterließen, auf ihrer Forderung eines „Gleichheits-Amendements", durch das Untertanen Japans gleiche Rechte mit den Bürgern eines Landes, in dem sie leben mögen, erteilt würde, zu bestehen. Sie behalten sich jedoch das Recht vor, die Angelegenheit wieder der Völkerbund-Kommission oder der Friedenskonferenz in einer Plenarsitzung zur Bestimmung vorzulegen.

Jetzt wird in den Sitzungen kein Versuch gemacht, die Gefahren zu verheimlichen, die durch die Bolschewiki-Unruhen in Rußland und Ungarn heraufbeschworen werden. Sowohl von britischer wie amerikanischer Seite wurde gesagt, daß ein Wettrennen zwischen Gesetz und Ordnung und Anarchie im Gange sei, und daß die Delegaten sich so viel wie möglich beeilen müßten, die Gefahr abzuwenden. Doch herrscht Zuversicht, daß der Vertrag genügend Zugeständnisse enthalten werde, um die Ordnung in der Welt wieder herzustellen.

Werden auf „annehmbaren" Frieden vorbereiten.

London, 29. März. — Vor zuverlässiger Seite in Paris verlautet, daß Vorkehrungen getroffen werden, die öffentliche Meinung darauf vorzubereiten, daß keine zu schweren Bedingungen für Deutschland zu erwarten sind. So lautet eine Depesche, die die Central News aus jener Stadt erhielt.

Nach dieser Quelle wird erklärt werden, daß ein „annehmbarer" Friede nötig sein werde, damit Blutvergießen in der nächsten Generation nicht erneuert werde, so hieß es in der nächsten Generation ner Stadt erhielt.

Die deutsche Finanzkommission.

Kopenhagen, 29. März. — Die deutsche Finanzkommission, welche zu dem Friedensschluß nach Versailles geht, wurde nach Weimar berufen, um von der Regierung Weisungen zu erhalten. Berliner Zeitungen zufolge werden sich bei derselben Dr. Theodor Melchior, Bankier von Hamburg; Dr. Wilhelm Merten, einer der Direktoren der Frankfurter Metallwerke; zwei Vertreter der Reichsbank und zwei Mitglieder der Waffenstillstands-Kommission befinden.

Bolschewisten in der Tschecho-Slowakei

Wien, 22. Febr. (W. K.-B.) Die „Reichspost" berichtet über zunehmende bolschewikisch - anarchistische Propaganda in der Tschecho-Slowakei. Hauptagitator ist Muna, der besonders unter den tschechischen Bergarbeitern wirkt. So hielt er neulich in Kladno trotz dem behördlichen Verbot eine Versammlung ab, in der er den tschechischen Ministerpräsidenten als Kapitalisten bekämpfte und zum Anschluß an die Ideen der Revolution aufforderte. Die russische Revolution gewinnt ständig an Ausdehnung. In Rußland, sagte Muna weiter, herrschen ganz geordnete Verhältnisse. Wer zu schwerer Arbeit nicht fähig ist, muß wenigstens Hilfsdienste leisten. Darum sieht man Offiziere als Straßenkehrer und frühere Fabrikanten als Pförtner. Auch die ehemalige tschechische kommunistische Partei regt sich wieder. Ihr früherer Führer Vrzenskv ist zwar jetzt Volksernährungsminister, erschien aber auf der neulich abgehaltenen Jahresversammlung der Partei, die in der tschechisch-nationalen sozialistischen Partei aufgegangen ist, aber im Rahmen dieser Organisation nach wie vor vor den anarchistischen Kommunismus zur Geltung bringen will.

Aufstände in Korea dauern fort

Seoul, 29. März.—Aufstände in den Provinzen dauern an und man nimmt an, daß in den letzten paar Tagen 40 Koreaner getötet worden sind.

Neue Demonstrationen der Nationalisten Koreas fanden in Seoul statt, und viele Koreaner wurden von den Japanern verhaftet. Geschäftshäuser bleiben geschlossen. Die Situation verursacht Besorgnis unter den Ausländern, die hier wohnen.

Explosion in Munitionsfabrik.

Washington, 29. März. — Fünfzehn, darunter eine Anzahl Soldaten, wurden gestern in einer Explosion der Munitionsfabrik in Aberdeen, Md., verletzt. Die Explosion war die Ursache eines Feuers, dessen Ursache unbekannt ist; der angerichtete Schaden wird auf $50,000 berechnet.

Wetterbericht.

Für Omaha und Umgegend—Teilweise bewölkt heute abend und Sonntag; kälter am Sonntag.

Für Nebraska—Teilweise bewölkt heute abend und am Sonntag; kälter Sonntag, und im östlichen und zentralen Teile heute abend.

Für Iowa—Teilweise bewölkt heute abend und Sonntag, mögliche Einsetzung unbestimmten Wetters; etwas wärmer im südöstlichen Teile heute abend; kälter im südwestlichen und zentralen Teile.

— Bedienen Sie sich der Klassifizierten Anzeigen der Tribüne! Der Erfolg ist überraschend—die Unkosten nur winzig.